

# Die katholische Kirche und der Aufbau Europas

VON PAUL HUOT-PLEUROUX

Es ist – schon – 16 Jahre her, daß in Roehampton (London) ein Kongreß über die Verantwortung der Christen für die Europäische Gemeinschaft abgehalten wurde. Ihm folgte wenig später ein „Manifest“, das Professor Hendrik Brugmans, der ehemalige Rektor des Europäischen Kollegs in Brügge, veröffentlicht hatte: „Die Präsenz der Christen auf der Baustelle Europas“. Es ging um die Frage, ob Christen in ausreichendem Maße im Prozeß der Integration der Europäischen Gemeinschaft engagiert sind, wie er durch die Römischen Verträge (1957) anvisiert worden war, und man wollte die Christen zu konkreteren Schritten ermuntern.

Die Ereignisse innerhalb der Europäischen Gemeinschaft seit dem Kongreß in Roehampton (die Erweiterung der Gemeinschaft durch Griechenland, Spanien und Portugal; die Einheitliche Europäische Akte; die fortschreitende Öffnung nach Osten) und darüber hinausgehend die aktuellen Entwicklungen der mittel- und osteuropäischen Staaten stellen auf völlig verschiedene Weise die eine deutliche Frage nach der Präsenz der Kirchen auf unserem Kontinent, was ihre prophetische Aufgabe angeht. Gegenstand ist nicht mehr die Errichtung eines „Binnenmarktes“; er hat sich beträchtlich ausgeweitet. Es geht nicht mehr allein um das Europa der „Zwölf“, sondern um den Kontinent in seiner Gesamtheit. Übrigens gerät das Jahr 1993 schon weitgehend aus dem Blick, und das Jahr 2000 wird ins Auge gefaßt. Jedes Nachdenken über die Zukunft der Europäischen Gemeinschaft muß über diese neuen Gegebenheiten Rechenschaft ablegen. Wir müssen darauf achten, daß wir sie nicht vergessen, indem wir – wie es erbeten wurde – hier die ausschlaggebenden Prinzipien darstellen, die aus der Sicht der katholischen Kirche den Aufbau der Gemeinschaft bestimmen.

Es gibt eine Frage, die eine solche Bedeutung hat, daß man sie im voraus beantworten muß: Warum interessieren sich die Kirchen überhaupt für den Aufbau Europas? Haben sie nicht genug andere Probleme zu lösen, sogar interne Schwierigkeiten; haben sie nicht auf jeden Fall Sorge zu tragen für die Verwirklichung ihrer eigenen Mission, um das Evangelium in diesem Kontinent zu verkündigen? Es sind oftmals von den Verantwortlichen der katholischen Kirche vier Gründe genannt worden, um das wachsende Interesse an der europäischen Zukunft zu rechtfertigen:

1. Der erste Grund bezieht sich auf die Geschichte, und er läßt sich in einem Satz zusammenfassen, an den Johannes Paul II. oft erinnert hat: „Europa ist das Erbe des Christentums.“ Das römische Reich hatte an Rhein und Donau seine Grenze, nämlich den „Limes“. Als es durch die Völkerwanderungen zerstört wurde, waren es die christlichen Missionare, die – von Irland oder Konstantinopel herkommend – jene bis dahin starren Grenzen überschritten, um den christlichen Glauben zu verbreiten und schließlich „Europa zu gründen“. Sicherlich sind noch andere Wurzeln zu nennen, griechische, römische, keltische, slawische, später dann der Humanismus und die Renaissance sowie besonders die Aufklärung. Trotzdem bleibt ein wichtiger christlicher Erbeil übrig, weshalb sich die Kirchen auch heute noch verantwortlich fühlen.<sup>1</sup>
2. Der zweite Grund liegt in der Bedeutung, die ein Christ seiner Zeit und den menschlichen Realitäten beimißt. Er nimmt am Leben der Welt teil und leistet seinen Beitrag zu ihrem Erhalt. Die Kirchen sind keine abgehobenen Gebilde, die das tägliche Leben der Leute und Völker aus dem Blick verlieren. (Man hat es ja gerade bei den Vorgängen in Osteuropa gesehen.) Sie müssen sich vielmehr dafür einsetzen, daß die Lebensbedingungen geschaffen werden, die es erlauben, jene angemessenen menschlichen Werte zu verwirklichen. In diesem Sinne kann sie die Art und Weise, wie sich das Geschehen in Europa entwickelt, nicht gleichgültig lassen.
3. Europa, vor allem Westeuropa, besteht aus reichen Ländern, während ein großer Teil der Welt in wachsender Armut lebt. Angesichts dieses Skandals haben die Kirchen das Bewußtsein ihrer Gläubigen für die Verantwortung gegenüber den Ärmsten der Erde zu wecken.
4. Schließlich ist es ein ausgesprochen ökumenischer Grund, der die Kirchen veranlaßt, sich für Europa zu interessieren. Hier, auf unserem Kontinent ist die christliche Einheit zerbrochen, und es waren damals Europäer, die jene Scherben über die ganze Welt zerstreut haben. Wie sollten die Kirchen dies vergessen? Die Bürde eines gemeinsamen Zeugnisses ist ihnen gewissermaßen in Europa auferlegt. Sie haben diese auch mehrfach anerkannt.<sup>2</sup>

Nehmen wir die gegenwärtige Lage des Christentums in Europa in den Blick! Könnte man nicht, ohne böse Absichten, dafür eintreten, daß die Kirchen zunächst ihre eigenen Probleme lösen sollten, ehe sie sich um die anderen kümmern? H. Brugmans hat in dem obengenannten Manifest darauf schon geantwortet: „Gerade dann, wenn sich eine Gemeinschaft in der Krise befindet, muß sie die einseitige Ausrichtung auf ihre internen Kontro-

versen beenden. Man meistert seine eigenen Schwierigkeiten nur, wenn man sich auf eine höhere Ebene begibt. Es ist nutzlos, die alten Streitigkeiten immer wiederzukäuen und Debatten zu führen, wo alles bereits gesagt und nach jeder Seite gewendet wurde. Dagegen ist es viel effektiver, ein gemeinsames Projekt in Angriff zu nehmen, das beiden Seiten erlaubt, einen „neuen gedanklichen Kraftakt“ zu leisten, und daran erinnert, daß die Kirchen nicht für sich existieren, sondern zum Ruhm ihres Herrn und zum Wohl der Menschen.“ Es gibt für eine gewisse Annäherung auf die Einheit der Kirchen hin keine bessere Möglichkeit als die gemeinsame Arbeit am Aufbau Europas, des Europas der Menschen und Völker.

Dies sei hinzugefügt: Wie beurteilen die Kirchen den Aufbau der Europäischen Gemeinschaft? Die allgemeine Antwort fällt leicht: als Chance und als Herausforderung gleichzeitig – oder besser: als Chance, aber nicht um jeden Preis.

Als eine Chance. Es besteht kein Anlaß, diesen Punkt übermäßig auszuführen. All das, was in die Richtung eines intensiveren Kennenlernens der Menschen und Völker, eines besseren Verstehens, einer „communio“, einer aktiveren solidarischen Gemeinschaft etc. läuft, kann gerade im Namen des Evangeliums von den Kirchen nur unterstützt werden. Man könnte hier zahlreiche Texte nennen, die diesen Gedanken näher ausführen. Erwähnt sei hier jedoch nur für den Zeitraum der letzten 10 Jahre die Erklärung der Präsidenten des Rates der europäischen Bischofskonferenzen (von Ost und West), die in Subiaco am 28. September 1980 unter dem Titel „Die Verantwortung der Christen im Europa von heute und morgen“ veröffentlicht wurde, die zahlreichen Verlautbarungen von Johannes Paul II., besonders seine Ansprache an das Europäische Parlament in Straßburg am 10. Oktober 1988, und die Erklärungen der Kommission der Bischöfe der Europäischen Gemeinschaft (COMECE) angesichts der Wahlen zum Europäischen Parlament.

Aber nicht um jeden Preis! Es muß hier eine tiefere Analyse folgen, denn die Gegebenheiten lassen sich auf verschiedene Weise interpretieren, und die kommende Entwicklung ist noch ungewiß. Jenes aber wird der Inhalt des zweiten Teils dieses Artikels sein.

### *Was bei dem Aufbau Europas auf dem Spiel steht*

1. *Als erstes ist die soziale Gerechtigkeit zu nennen.* Man kann dies durch einige Fragen präzisieren: Werden alle oder nur einige wenige am Gemeinsamen Markt profitieren? Werden nicht manche zur Kasse gebeten, während

andere sich gut aus der Affäre ziehen? Diese Frage bezieht sich sowohl auf Personen als auch auf bestimmte Gebiete:

– bezogen auf die *Personen*: Landwirte mit kleinen Betrieben, kleine Handwerker, Arbeiter in Fabriken, welche aufgrund von Absatzproblemen keine Mittel zur Modernisierung haben und auch nicht mit fremder Hilfe den Betrieb umstellen können, laufen nicht gerade sie Gefahr, die Kosten von 1993 zu übernehmen? Wird die Arbeitslosenrate zurückgehen? Die EG-Experten sagen voraus, daß nach einem unbestimmten Zeitraum vielleicht schwieriger Verhältnisse die Gemeinschaft zwischen zwei und fünf Millionen Arbeitsplätze geschaffen haben wird. Aber welchen Arbeitslosen kommen diese neuen Möglichkeiten des Arbeitsmarktes zugute? Können die Arbeitslosen heute auf eine Anstellung hoffen? Ist in dieser Sache noch alles offen und kann man nur die Tatsache festhalten, daß eine enorme Anstrengung zur Umgestaltung wohl notwendig ist (sie besteht bereits, muß aber verstärkt werden)? Dies ist der Grund, warum die COMECE 1989 hervorgehoben hat, daß ganz besonders Rücksicht genommen werden muß auf die Menschen, die in schwierigen sozialen Verhältnissen leben, sowie auf jene, die unsere Gesellschaft an den Rand gedrängt hat.<sup>3</sup>

– bezogen auf die *Gebiete*: Die Präambel der Römischen Verträge enthielt schon 1957 den Vorschlag, „eine harmonische Entwicklung der Wirtschaftsstrukturen anzustreben, indem man die Kluft zwischen den einzelnen Ländern schließt und die Ungleichzeitigkeit der benachteiligten Regionen aufhebt“. Die Einheitliche Europäische Akte hat an mehreren Stellen die Bedeutung einer solchen Aktion unterstrichen. Die Unterschiede in den Bereichen von Arbeit und Produktion, die zwischen den geringer entwickelten und jenen Ländern an der Spitze bestehen, liegen in einer Größenordnung von eins und fünf auf der Skala der Gemeinschaft, – und das trotz der verschiedenen, im Rahmen einer regionalen Politik unternommenen Versuche und der unterschiedlichen, zur Verteilung eingesetzten Mittel (vor allem Strukturfonds). Diese Gebiete stehen eben nicht so im Vordergrund wie die Spitzenländer der EG.<sup>4</sup> Man kann mit gutem Recht fragen, ob sich 1993 die Unterschiede in der EG verringern, ob sie gleichbleiben oder ob sie sich sogar noch vergrößern werden. Wo wird das Kapital hinfließen, wo wird investiert? Werden es die Gebiete sein, in denen die Wirtschaft schon floriert (d.h. das Viereck London – Paris – Mailand – Frankfurt, hinzu kommt Barcelona), oder die Randgebiete, die sich von Irland über Portugal nach Griechenland hinziehen? Diese sind heute vollkommen benachteiligt, und die Randlage wirkt sich auf ihre wirtschaftliche Entwicklung katastrophal aus. Werden die zwei oder mehr Millionen neuen Arbeitsplätze, mit

denen man für 1993 rechnet, in diesen benachteiligten Gebieten entstehen? Man sieht ganz genau das Risiko, in die fortschreitende Verwirklichung des einen Europas, das sich schließlich aus zwei oder drei Schichten zusammensetzt, ohnmächtig eingebunden zu sein. Dieses Europa aber steht im Widerspruch zu einer Solidarität, die man berechtigterweise von einer echten Gemeinschaft erwarten dürfte.

2. *Die zweite Herausforderung bezieht sich auf den Respekt vor den Verschiedenheiten.* In einer Zeit, wie wir sie heute erleben, deren Vergangenheit von Diktatur und Totalitarismus geprägt wurde, sind die Menschen sehr sensibel für das Respektieren von Verschiedenheiten, für das Recht der Differenz. Es bedarf keiner großen Phantasie, um die Frage zu stellen, ob der Gemeinsame Markt nicht so etwas wie eine „Dampfwalze“ werden könnte, die alle Unterschiede nivelliert, oder ob wie bisher jedes Volk im Rahmen der eigenen Kultur weiterhin nach seiner Tradition leben kann.

Derartige Befürchtungen wurden in Irland und Griechenland sowie in den Gebieten geäußert, in denen sehr viele Minderheiten leben. Und an solchen Regionen mangelt es in Europa nicht.<sup>5</sup>

Die Frage aber stellt sich in gleicher Weise für die Emigranten und Flüchtlinge (im Sinne der Genfer Konvention über das Asylrecht). Die Regierungen – von denen viele in der christlichen Tradition stehen – haben sich vor kurzem entschieden gegen das Einigungsprojekt von Schwegen ausgesprochen. Die Kirchen sind angesichts der in den Flüchtlingsbestimmungen immer restriktiver gehandhabten Politik der Staaten gleichermaßen beunruhigt. Sie haben hier eine Wächterfunktion zu erfüllen, damit der Gemeinsame Markt von 1993 nicht alle von den äußeren Grenzen der Gemeinschaft systematisch abweist, die durch Hunger und Verfolgung gezwungen sind, ihr Land zu verlassen. Der kürzlich in Straßburg von der europäischen Caritas abgehaltene Kongreß – unter der Schirmherrschaft der COMECE – hat die Kirchen mit Nachdruck daran erinnert. Die Kirchen müssen sich, wie es im Schlußkommuniqué heißt, „für die Rechte und Lebensbedingungen der Flüchtlinge und aller schutzbedürftigen Personen einsetzen; sie müssen die öffentliche Meinung auf diese Sache lenken, über den gesetzlichen Rahmen wachen, wegen der Gesetze und gerechter Verfahren Druck auf die Politiker ausüben sowie Aktionen in Europa und auf der ganzen Welt koordinieren“ (10. 3.1990).

3. *Eine dritte Herausforderung betrifft die Öffnung der Gemeinschaft.* Die EG hat dank der verschiedenen Konventionen von Lomé wirtschaftliche Beziehungen mit einzelnen Entwicklungsländern aufgenommen, die für

jene günstige Bedingungen enthalten. Die 68 Länder in Afrika, der Karibik und im Pazifik, die die letzte Konvention unterzeichnet haben, können erfreulicherweise vom Gemeinsamen Markt nicht mehr ignoriert werden. Zwei Fragen stellen sich indessen.

*Zum einen:* Kann die EG nicht mehr für sie tun? Und vor allem, wird sie weiterhin nicht nur in Notsituationen, sondern zu deren eigener Entwicklung helfen, in Zusammenarbeit mit dem Gemeinsamen Markt? Derartige Befürchtungen wurden vereinzelt von den Botschaftern der afrikanischen Staaten zum Ausdruck gebracht. Man kann diese folgendermaßen zusammenfassen: „Ihr Europäer seid dermaßen mit der Verwirklichung des Gemeinsamen Marktes beschäftigt (was zu verstehen ist), daß ihr darüber unsere eigentliche Situation vergeßt wie auch die Tatsache, daß diese sich ständig verschlechtert (z.B. die Schuldenkrise)“.

Johannes Paul II. hat oft auf diesem Punkt beharrt, besonders als er sich an die Verantwortlichen der Gemeinschaft in Brüssel (20. 5. 1985) und in Straßburg (10. 11. 1988) wandte: „Die europäische Zusammenarbeit (mit den AKP-Staaten) wäre viel glaubwürdiger und fruchtbarer, wenn sie ohne den Hintergedanken der Hegemonie vorangetrieben würde, aber mit der Absicht, den armen Ländern zu helfen, Verantwortung für ihr eigenes Geschick zu übernehmen.“

*Zum anderen:* Die Gemeinschaft muß aus mehreren Gründen den mittel- und osteuropäischen Ländern ihre Hilfe anbieten (ohne irgendeine Bevormundung), wobei man hier die bekannten Schwierigkeiten in Kauf nehmen sollte. Aber dies muß natürlich geschehen, ohne den Vorwand zu nutzen, daß man – so der Papst – „nun die Problematik der südlichen Welthälfte vernachlässigen kann. Ein stärker vereintes Europa hat im Gegenteil die Pflicht, seine Dynamik zum Dienst der internationalen Gemeinschaft einzusetzen. ‚Gott . . . wollte, daß alle Menschen *eine* Familie bilden und einander in brüderlicher Gesinnung begegnen‘ (Gaudium et Spes, 24).“<sup>6</sup> Hat die EG, die 1993 wirtschaftlich noch mächtiger sein wird, auch den politischen Willen dazu? Präsident J. Delors hat oft versichert, daß die Gemeinschaft in keiner Weise eine Festung werden dürfe. Gegenseitige Hilfe und Solidarität, diese beiden alten sozialen Grundprinzipien der Kirche, finden hier konkrete Anwendungspunkte.

4. *Die vierte Herausforderung: Die kulturelle Ebene des europäischen Marktes.* Allgemein bekannt ist der berühmte Satz von Jean Monnet, den er am Ende seines Lebens in den Memoiren festhielt: „Wenn ich es gewußt hätte, hätte ich mit der Kultur begonnen.“ Eine enttäuschte Aussage? Wir

ignorieren sie. Aber sie macht deutlich, welche fundamentale Bedeutung die Kultur für den Aufbau Europas besitzt – eine Bedeutung, die von den Römischen Verträgen noch nicht erfaßt wurde, die aber in den Augen der Kirche sicherlich eine essentielle Dimension hat. Eine breite Ausführung wäre hier notwendig, um die „europäische Kultur“ zu definieren, die ja unsere Identität nachhaltig bestimmt. Johannes Paul II. hat dies in seiner Rede an den Europarat am 8. Oktober 1988 unterstrichen: „Die europäische Identität ist gewiß nicht leicht zu umschreiben . . .“ (aufgrund der vielen Ursprünge und aller aktuellen Unterschiede auf dem Kontinent), aber „im Blick auf die anderen Erdteile erscheint Europa wie eine große Einheit, selbst wenn ihre Kohäsion von denjenigen, die für sie verantwortlich sind, kaum wahrgenommen wird“.

Aber – um genau zu sein – Einheit heißt nicht Einförmigkeit. Wird ein größerer interner Zusammenhalt der „Zwölf“ nicht einen gewissen Druck auf die europäische Kultur in ihren vielen Spielarten ausüben? Wie weit darf eine Harmonisierung gehen? Bis zu welchem Punkt kann eine Konvergenz zustande kommen? Drei Beispiele lassen sich anführen:

– zunächst der Bereich der Erziehung. Die Kompetenz der Europäischen Gemeinschaft auf diesem Gebiet war bislang äußerst gering. Es wurden höchstens einige Maßnahmen unternommen, die durch den freien Personenverkehr notwendig geworden waren. Dabei ging es um die gegenseitige Anerkennung von Diplomabschlüssen, um den Austausch von Studenten (Erasmus-Programm) usw., und darüber sollte man froh sein. Weitere Aufgaben müssen aber in Angriff genommen werden, wie z.B. in bezug auf die Schulbücher, die oft nach sehr begrenzten nationalen Kriterien konzipiert wurden. Das sollte ein größeres Verständnis zwischen den Völkern dieses alten Kontinents fördern, auf dem jahrhundertlang Kriege geführt wurden. Aber wie weit darf man harmonisieren, ohne das Risiko einer kulturellen Verarmung einzugehen? Unsinnig wäre, alles auf ein einheitliches Niveau zu drücken. Das scheint glücklicherweise niemand zu wollen, und niemand vermöchte es wohl zu realisieren.

– dann die Familie, und die gleiche Feststellung: es hat bis zu diesem Zeitpunkt keine echte Familienpolitik in der Gemeinschaft gegeben – übrigens, weil man nicht in der Lage war, sich auf ein einheitliches Familienkonzept zu verständigen (eine einseitig juristische Sichtweise der Ehe, eine Familie, die nur nach gegebenen Fakten beurteilt wird, homosexuelle Paare und alleinerziehende Väter und Mütter). Die Verfassungen und Gesetzgebungen unterscheiden sich in den einzelnen Ländern beachtlich. Einige positive Schritte sind inzwischen gemacht worden, so z.B. zugunsten der Gleichstel-

lung von Mann und Frau, zugunsten von Kindern (die niemals unter der Einstellung ihrer Eltern zur Ehe leiden sollten) usw. Manche aber erwarten mehr von der Gemeinschaft und fordern einen höheren Schutz für die Familie. Hat die Mobilität der Menschen und der Austausch von Ideen, welche die Verwirklichung des Gemeinsamen Marktes immer mehr begleiten, nicht auch Auswirkungen auf die Familie, die von der Kirche als die grundlegende „Zelle“ der Gesellschaft angesehen wird? Man weiß ja, wie die katholische Kirche in Irland den Druck fürchtet, der von den anderen EG-Ländern ausgehen könnte, um die in diesem Land bestehende gesetzliche Regelung zur Abtreibung zu modifizieren. Ähnliche Ängste würde man sowohl bei den Orthodoxen als auch bei den Katholiken in Griechenland finden, die sich allgemein auf die Familie als Ort und Anwalt der Tradition beziehen.

– Das letzte Beispiel hat nicht weniger Bedeutung: die Medien und im besonderen die *audiovisuellen*. Man hat in letzter Zeit sehr viel über eine Politik der Gemeinschaft im Bereich der audiovisuellen Medien, über die gemeinsame Forschung auf diesem Gebiet (das audiovisuelle Eureka) und über ein die Grenzen überschreitendes TV-Projekt geredet. Es ist ein Glücksfall, daß mit Hilfe der Medien Einfluß auf die Mentalität der Menschen genommen werden kann. Aber notwendig bleibt, daß mit aller Kraft eine Einigung über die Einschränkung der Gewalt im Fernsehen, über den Schutz der Jugendlichen vor Drogen usw. erzielt wird. Für das Fernsehen stellt sich jedoch mit Rücksicht auf die Öffentlichkeit immer die Frage nach den finanziellen Mitteln (man sieht es gerade bei dem Versuch, kommerziell in die BRD einzusteigen); hier ist zu wünschen, daß unter den „Zwölf“ (und den anderen, da man ja offensichtlich hier nicht mehr von Grenzen reden kann) verstärkt gemeinsame Projekte aufgegriffen werden, um die Qualität der Produktionen zu fördern und einen Zuwachs an europäischen Eigenproduktionen zu unterstützen. Diese würden zumindest ein besseres Verstehen unter den europäischen Völkern ermöglichen.

Zum Abschluß dieser Überlegungen über die Kultur noch eine Frage: Hat eine Gemeinschaft, die sich vollkommen auf den wirtschaftlichen Erfolg konzentriert – was angesichts der internationalen Konkurrenz zu ihrem Bestehen notwendig ist –, noch genügend Zeit und Mittel, um sich neben den ökonomischen Fragen mit anderen Dingen zu beschäftigen, und zwar in der Anerkennung und zum Wohl eines jeden? Der Mensch lebt nicht vom Brot allein.

Man wird sich am Ende dieser aus Raumgründen sehr knappen Reflexionen fragen, ob all diese von der Kirche angezeigten Problemfelder im Hin-

blick auf den Aufbau der Europäischen Gemeinschaft nicht in einem Wunsch zusammengefaßt werden könnten: ein größerer Binnenmarkt, eine höhere ökonomische Wettbewerbsfähigkeit, ein angenehmeres Leben – einverstanden! Aber all dies sollte dem *Menschen dienen*, d.h. allen Menschen.

In diese Richtung drängen sowohl die positive Unterstützung als auch die konstruktive Kritik von den Verantwortlichen aus der katholischen Kirche. So tauchen die folgenden Ausdrücke immer wieder wie Leitmotive auf: die Betonung der Würde eines jeden Menschen aufgrund seiner Gottebenbildlichkeit; die Garantie der Menschenrechte; die Unterordnung der Wirtschaft für ihren Dienst an den Menschen; der Aufbau eines Europas, das eine Gemeinschaft von Menschen und Völkern bildet; die Förderung einer wachsenden Öffnung und Solidarität der Gemeinschaft in Europa (dem ganzen Europa) und der übrigen Welt; das anvisierte Ziel, Friedensstifter zu sein.

Die katholische Kirche ist zur Verwirklichung eines solchen Programms, das ja sehr anspruchsvoll klingt, verpflichtet, indem sie ihre eigene Kompetenz einbringt und gleichzeitig die legitime Autonomie und Verantwortung der Institutionen respektiert, um so den Beitrag einer für den Aufbau der Europäischen Gemeinschaft aktiven Kirche zu leisten. Dies ist auch der Grund für die ständige Vertretung des Heiligen Stuhls bei der EG in Brüssel, ebenso eines ständigen Vertreters beim Europarat in Straßburg. Die gleiche Zielrichtung verfolgen die Bischofskonferenzen der Gemeinschaft, die im Jahre 1980 die COMECE gründeten (das „Pendant“ zur „Ökumenischen Kommission für Kirche und Gesellschaft“ der protestantischen und anglikanischen Kirchen in der EG), und in demselben Geist arbeiten zahlreiche katholische Organisationen, die in keine Regierung eingebunden sind, mit der Gemeinschaft und dem Europarat zusammen. Diesen Sinn hatten auch die Besuche von Johannes Paul II. bei den europäischen Institutionen. Man kann den Wert der unternommenen Anstrengungen auf vielerlei Weise aufzeigen. Aber all dies geschieht in dem brennenden Wunsch, daß die Initiativen dem Anspruch des Evangeliums immer mehr gerecht werden.

Das Werk des Aufbaus Europas sollte sich nach Meinung der Kirche nicht auf die Gemeinschaft der „Zwölf“ begrenzen. Europa ist für sie immer „das große Europa“ gewesen, das sich vom Atlantik bis zum Ural hin ausdehnt. Jene Idee, die noch vor kurzer Zeit einer Utopie glich, hat vor allem der Rat der europäischen Bischofskonferenzen unermüdlich ins Gedächtnis gerufen, wobei er von Johannes Paul II. unterstützt wurde, der als Delegierter des polnischen Episkopats hier Mitglied war und der nie auf-

gehört hat, an dieser Idee zu arbeiten. Und sie gewinnt von Tag zu Tag an Realität. Europa war, wenn man es zurückverfolgt, noch niemals derart in Bewegung gewesen, wie es heute der Fall ist. So steht es in der bereits zitierten Erklärung der Sozialkommission des französischen Episkopats: „Die heilvolle Geschichte der Staaten, die lange Zeit stillstand, ist in Bewegung gekommen. Die Völker insgesamt haben die Parole wieder aufgegriffen. Demokratische Staatsformen setzten sich durch. Die Berliner Mauer ist zerbrochen. Deutschland steht vor seiner Wiedervereinigung. Man kann sich an diesen Ereignissen begeistern, selbst wenn die Zukunft ungewiß bleibt. . . . Die Sozialkommission des Episkopats teilt die allgemeinen Hoffnungen und Fragen. Das Evangelium, auf das sie sich beruft, lädt jeden ein, seine Ängste zu überwinden und einen Beweis der Brüderlichkeit zu geben.“

Auf dieser Stufe des Zusammenwirkens in Europa schließt sich die katholische Kirche – über ihr Engagement für die EG hinaus – jener Aktion der anderen christlichen Kirchen an. Sie ist erfreut, daß eine fruchtbare Zusammenarbeit zwischen CCEE und KEK entstehen konnte, die nun seit fast 20 Jahren Bestand hat. Ihre Grundpfeiler bilden die 4 ökumenisch-europäischen Treffen von Chantilly (1978), Løgumkloster (1981), Riva del Garda/Trient (1984) und Erfurt (1988) wie auch die Ökumenische Versammlung von Basel im Mai 1989.

Die Öffnung nach Mittel- und Osteuropa hin kann die unternommenen Anstrengungen für Frieden, Gerechtigkeit und die Bewahrung der Schöpfung nur ermutigen, die zum Wohl der Gesamtheit des Kontinents inzwischen gemacht wurden. Sie sind für die Verkündigung des Evangeliums in Europa und in der ganzen Welt von hoher Bedeutung.

*Übersetzt aus dem Französischen von Udo Müller*

#### ANMERKUNGEN

- <sup>1</sup> Man sollte hierzu die interessanten Überlegungen von Msgr. Gustave Thils lesen: „Foi chrétienne et unité de l'Europe“, Louvain la Neuve, 1990, S. 47ff.
- <sup>2</sup> Kardinal Roger Etchegaray, damals Präsident des Rates der europäischen Bischofskonferenzen, hat während der ersten ökumenisch-europäischen Begegnung in Chantilly (1978) besonders diese Tatsache unterstrichen.
- <sup>3</sup> Erklärung anlässlich der Wahlen des Europäischen Parlaments, 17. April 1989. Die fünf Punkte, an die in dieser Erklärung erinnert wird (Anerkennung der Menschenwürde, der Schöpfung, der verschiedenen Kulturen, die Solidarität mit den wirtschaftlich benachteiligten Gebieten der EG, Partnerschaft mit den ärmsten Ländern der Erde), fassen gut die Gesamtheit der unterschiedlichen Herausforderungen zusammen, von denen wir hier sprechen.

- <sup>4</sup> Zahlreiche Regionen haben in der letzten Zeit in Brüssel ein Büro eingerichtet, um aus nächster Nähe die gemeinschaftlichen Aktivitäten genau zu verfolgen. Es existiert im Euro-parat eine ständige Konferenz der lokalen und regionalen Organisationen (CPLRE). Werden wir es erleben, daß eines Tages eine Institution der Gemeinschaft direkt Regionen vertritt?
- <sup>5</sup> Um nur ein Beispiel zu nennen: weiß man, daß es in Italien nicht weniger als 18 ethnische, linguistische und religiöse Minderheiten gibt?
- <sup>6</sup> Erklärung der Sozialkommission des französischen Episkopats: „Les appels de l'Europe“, 10. April 1990.

## Zur theologischen Begründung der Menschenrechte\*

VON WOLFGANG LIENEMANN

### *I. Zur gegenwärtigen Situation*

Das Ethos der Menschenrechte ist ein prägendes Merkmal der Neuzeit. Es hat sich, aus ganz verschiedenen Quellen, Leiden, Erfahrungen und Einsichten gespeist, über Jahrhunderte entwickelt. Für unsere Gegenwart ist entscheidend, daß Menschenrechte sowohl in das innerstaatliche wie in das Völkerrecht Eingang gefunden haben. Ausgehend von der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte vom 10. Dezember 1948“ durch die Vereinten Nationen<sup>1</sup>, bei deren Verabschiedung die kommunistischen Staaten, Saudi-Arabien und Südafrika sich der Stimme enthielten, ist es zu einem weltweiten Kodifizierungsprozeß von Menschenrechten gekommen. Es ging darum, den programmatischen Gehalt der Allgemeinen Erklärung in bindende rechtliche Formen zu überführen.<sup>2</sup> Die wichtigsten völkerrechtlichen Abkommen zur Sicherung der Menschenrechte sind die beiden Internationalen Pakte über bürgerliche und politische Rechte (IPBPR) sowie über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (IPWSKR), die die Generalversammlung der Vereinten Nationen am 16. Dezember 1966 verabschiedete. Diese beiden Abkommen enthalten umfassende Kataloge von klassischen liberalen Freiheitsrechten einerseits, sozialen Leistungsrechten andererseits. Sie sind 1976 in Kraft getreten und haben Verbindlichkeit für die Rechtsordnung der Ratifizierungsstaaten gewonnen.

\* Referat bei der 21. Tagung des Lateinamerika-Beratungsausschusses der EKD am 20. November 1989 in Frankfurt am Main.